

Scheuer, Manfred; Zimmermann, Guido

**Article — Published Version**

## Deindustrialisierung: Eine neue 'britische Krankheit'?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scheuer, Manfred; Zimmermann, Guido (2006) : Deindustrialisierung: Eine neue 'britische Krankheit?', Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 86, Iss. 4, pp. 245-251,  
<https://doi.org/10.1007/s10273-006-0503-2>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42574>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Manfred Scheuer, Guido Zimmermann

## Deindustrialisierung: Eine neue „britische Krankheit“?

*In vielen EU-Ländern ist ein Rückgang der Beschäftigung im gewerblichen Bereich zu beobachten. Besonders ausgeprägt ist die „Deindustrialisierung“ jedoch in Großbritannien – bei gleichzeitiger Ausweitung des Dienstleistungsbereichs. Welches sind die Ursachen dieser Entwicklung? Ist dieser Prozess als neue „britische Krankheit“ zu bezeichnen oder Ausdruck einer relativ dynamischen und flexiblen Wirtschaft? Ist in Deutschland eine ähnliche Entwicklung zu erwarten?*

The death of British manufacturing“? – so fragte besorgt die BBC im Sommer 2002<sup>1</sup> angesichts des starken Rückgangs der britischen Industrieproduktion. Die Sorgen um die industrielle Basis Großbritanniens sind nicht unberechtigt, betrachtet man die Datenlage: Die Industrieproduktion war schon von Anfang 2001 bis Mitte 2003 um 5% gesunken. Danach zog sie über vier Quartale wieder an. Seit Sommer 2004 tendiert sie jedoch wieder deutlich nach unten. 2005 lag sie saisonbereinigt betrachtet um rund 6½% unter dem letzten Höchststand vom Herbst 2000. Bemerkenswert dabei ist, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Ende 2000 bis zum 4. Vj. 2005 um 12,6% gewachsen ist (vgl. Abbildung 1).

Infolgedessen sind die Anteile des Produzierenden Gewerbes und insbesondere des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Großbritannien in der Periode 2000 bis Mitte 2005 um 2,5 Prozentpunkte gesunken (vgl. Abbildung 2). Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau ist sogar ein Rückgang um 4,5 Prozentpunkte zu konstatieren.<sup>2</sup> Die gesamte reale Bruttowertschöpfung stieg dagegen im gleichen Zeitraum um 12,5%.<sup>3</sup>

Diese Entwicklung hat die Befürchtung ausgelöst, die britische Wirtschaft unterliege einem schleichenden Deindustrialisierungsprozess, der früher oder später zum Verlust der industriellen Basis führen werde.<sup>4,5</sup> Ist dieser Deindustrialisierungsprozess ein spezifisch

britisches Problem und damit als neue „Britische Krankheit“ zu begreifen?<sup>6</sup>

### Was ist mit „Deindustrialisierung“ gemeint?

Über eine Definition des Phänomens der Deindustrialisierung besteht in der Literatur kein Konsens.<sup>7</sup> Wurde noch in den siebziger Jahren die so genannte „Tertiärisierung“ der Volkswirtschaft im Sinne von Fourestié<sup>8</sup> als allgemein begrüßenswerter Prozess aufge-

<sup>1</sup> Vgl. BBC: The death of British manufacturing?, in: BBC News 2002. Via Internet (November 2005), <<http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/1871493.stm>>.

<sup>2</sup> Dahinter steht ein Einbruch der Wertschöpfung im Bergbau (einschließlich Öl- und Gasgewinnung) um 24%. Die Schrumpfung des Kohlebergbaus in Großbritannien ist politisch gewollt, die nachlassende Ölförderung hängt mit den sinkenden Ölreserven zusammen.

<sup>3</sup> Das Wachstum wurde in Großbritannien ganz überwiegend vom Dienstleistungssektor und vom Bausektor generiert.

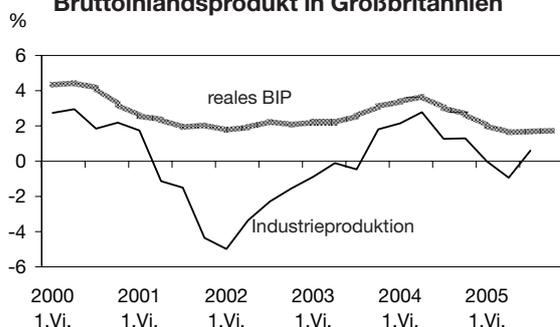
<sup>4</sup> Vgl. BBC: The death of British manufacturing?, a.a.O.; o.V: Industrial metamorphosis, in: The Economist, 1. Oktober 2005, S. 69-70; M. King: Monetary Policy and Manufacturing Industry, Speech to the Black Country Consortium at Molineux, Wolverhampton, 29. März 2000, Via Internet (November 2005), <http://www.bankofengland.co.uk/publications/speeches/2000/speech78.htm>.

<sup>5</sup> Die These von einer zunehmenden Deindustrialisierung Großbritanniens ist allerdings nicht neu, sondern steht seit mindestens zehn Jahren in der akademischen und wirtschaftspolitischen Diskussion. Siehe hierzu z.B. die Sonderausgabe des Economic Journal, Bd. 106 (1996), S. 434.

<sup>6</sup> Die BBC definiert die „British Disease“ als “[t]he period [1970-1979] ... of increasing unrest and discontent, as the economy continued to decline, and inflation seemed, at times, to be spiralling out of control.“ Vgl. dazu BBC: Post WWII – the “British Disease” 1970-1979, 2005, Via Internet (November 2005), <[http://www.bbc.co.uk/history/timelines/britain/post\\_brit\\_disease.shtml](http://www.bbc.co.uk/history/timelines/britain/post_brit_disease.shtml)>. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht als Symptome der „britischen Krankheit“ das Zusammenspiel eines geringen gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins starker britischer Gewerkschaften mit der Folge zu hoher Lohnabschlüsse trotz zunehmender Arbeitslosigkeit, einer schlechten Streikbilanz, eines relativ geringen Wachstums der Arbeitsproduktivität und des Bruttoinlandsprodukts, sowie einer schlechten Ausbildung der Arbeitnehmer. Folge der zu hohen Lohnabschlüsse in Kombination mit dem niedrigen Produktivitätswachstum waren unter anderem relativ hohe Inflationsraten. Vgl. dazu Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2005/06 – Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen, Wiesbaden 2005, S. 176.

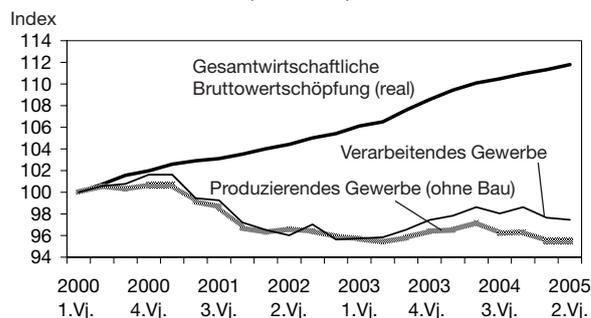
*Dr. Manfred Scheuer, 53, ist stellvertretender Leiter der Abteilung „Konjunktur und Wachstum“ im Zentralbereich Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank und Dr. Guido Zimmermann, 36, ist dort Mitarbeiter. Die Autoren vertreten hier ihre persönliche Meinung und nicht notwendigerweise die der Deutschen Bundesbank.*

**Abbildung 1**  
Industrieproduktion und reales  
Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien



Quelle: Office of National Statistics UK.

**Abbildung 2**  
Bruttowertschöpfung in Großbritannien  
(2000 = 100)



Quelle: Office of National Statistics UK.

fasst, so steht heute eher der Aspekt des Arbeitsplatzverlusts im Vordergrund.<sup>9</sup> Als „Deindustrialisierung“ soll daher im Folgenden der Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie<sup>10</sup> bezeichnet werden.<sup>11</sup>

Der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie ist zwar in den meisten Industrieländern seit Jahrzehnten zu beobachten und insofern kein spezifisch britisches Phänomen.<sup>12</sup> Die Verlagerung der Beschäftigung vom Industriesektor zum Dienstleistungssektor ist in Großbritannien aber in den letzten Jahren am kräftigsten gewesen (vgl. Abbildung 3). So hat das Verarbeitende Gewerbe seit Anfang des Jahres 2000 einen Rück-

gang seiner Beschäftigtenzahl um fast ein Fünftel hinnehmen müssen. Besonders deutlich zeigt sich der Beschäftigungsrückgang in Großbritannien im Vergleich mit den Ländern im Euro-Raum. So weist z.B. Italien – unter anderem wegen der zeitweiligen Subventionierung von Neueinstellungen und der statistischen Einbeziehung von illegal tätigen Einwanderern – eine relativ konstante Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe auf, und auch der Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands ist seit 2000 mit 6% verhältnismäßig moderat gewesen. Zwar hatten auch die USA und Japan hier einen massiven

<sup>7</sup> Vgl. R. E. Kutscher, V. A. Personick: Deindustrialization and the shift to services, in: Monthly Labor Review, Juni 1986, S. 3-13.

<sup>8</sup> Vgl. J. Fourastié: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Deutsch von Burkard Lutz, Bund-Verlag: Köln 1954.

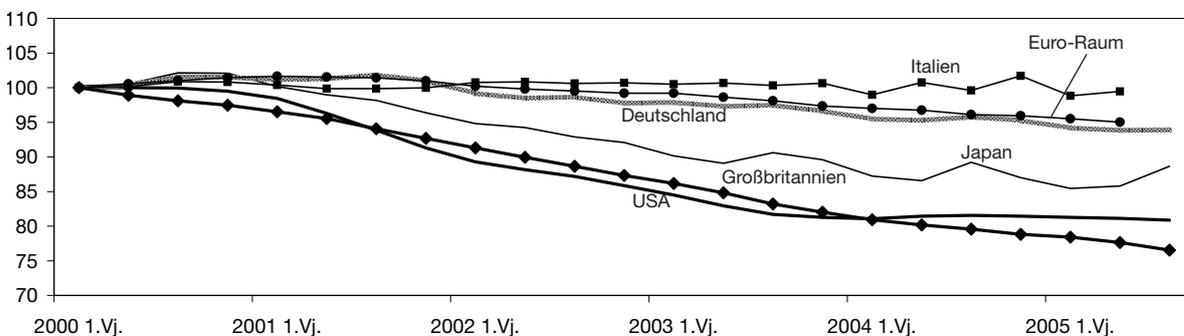
<sup>9</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2004/05 – Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Wiesbaden 2004, S. 374.

<sup>10</sup> Vgl. o.V.: Industrial metamorphosis, a.a.O., S. 70; sowie R. Rowthorn, R. Ramaswamy: Deindustrialization – Its Causes and Implications, International Monetary Fund Economic Issues 10, 1997, S. 1.

<sup>11</sup> Zu verschiedenen Typen der Deindustrialisierung siehe R. Rowthorn, J. Wells: De-industrialisation and Foreign Trade, Cambridge 1987.

<sup>12</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2004/05, a.a.O., S. 372.

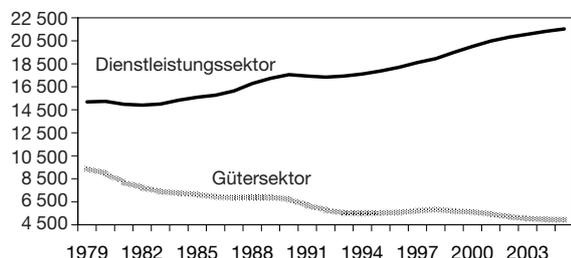
**Abbildung 3**  
Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe im internationalen Vergleich 2000-2005  
(1. Vierteljahr 2000 = 100)



Anmerkung: Aufgrund der mangelnden Vergleichbarkeit der Daten im Ländervergleich wurde hier nicht auf die Erwerbstätigen, sondern auf die Beschäftigtenzahlen abgehoben.

Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

**Abbildung 4**  
**Erwerbstätige im güter- und dienstleistungs-**  
**produzierenden Sektor in Großbritannien**  
 (in 1000)



Quelle: Office of National Statistics UK.

Stellenabbau zu verzeichnen. Aber anders als in den USA gab es in Großbritannien bis zuletzt keine Anzeichen für eine Stabilisierung der Beschäftigungsentwicklung.

Fasst man im „güterproduzierenden Sektor“ die Bereiche Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie & Wasser und den Bau zusammen, und ordnet dem „dienstleistungsproduzierenden Sektor“ alle anderen Wirtschaftszweige (inklusive Staat) zu, so zeigt Abbildung 4, dass der Strukturwandel in Großbritannien zu einem Stellenabbau im güterproduzierenden Sektor insgesamt geführt hat. Ein derartiger Rückgang der Beschäftigung wird gemeinhin gravierender eingestuft als ein bloßes Zurückbleiben beim Stellenzuwachs.<sup>13</sup>

#### Ursachen der Deindustrialisierung in Großbritannien

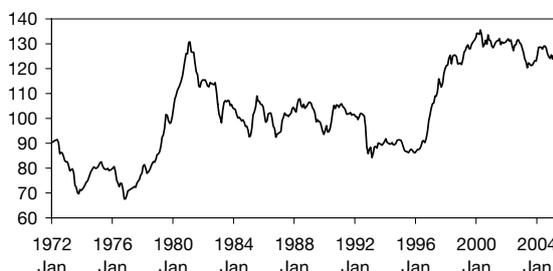
Nickell et al.<sup>14</sup> haben für den Zeitraum 1976-1993 untersucht, welche ökonomischen Ursachen hinter dem säkularen Trend in Großbritannien hin zu einer verstärkten Deindustrialisierung stehen und welche Gründe für die Unterschiede in der Geschwindigkeit dieses Prozesses im Ländervergleich angeführt werden können.<sup>15</sup> Demnach ist die Hauptursache für die relativ schnelle Deindustrialisierung in Großbritannien (und den USA) vor allem das relativ schwächere Wachstum der sektoralen totalen Faktorproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe.<sup>16</sup> Der Anteil des Dienstleistungssektors wurde aber auch durch eine Veränderung der relativen Outputpreise zugunsten der

<sup>13</sup> Vgl. R. E. Kutscher, V. A. Personick: Deindustrialization and the shift to services, a.a.O.

<sup>14</sup> S. Nickell et al.: The Uneven Pace of Deindustrialization in the OECD, 2004, Via Internet (November 2005), <<http://econ.lse.ac.uk/~sredding/papers/Deind504.pdf>>.

<sup>15</sup> Nickell et al. verstehen unter dem Prozess der Deindustrialisierung den abnehmenden Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am BIP im Zeitablauf. Vgl. S. Nickell et al., a.a.O.

**Abbildung 5**  
**Effektiver realer Wechselkurs des**  
**britischen Pfund Sterling**  
 (Durchschnitt von 1990 = 100)



Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

Unternehmensdienstleistungen („Business Services“) und durch einen höheren Ausbildungsgrad der Beschäftigten im Zuge einer höheren Bildungsintensität der Dienstleistungsproduktion nach oben getrieben. Ein weiterer Faktor, der zum Rückgang der Beschäftigung im britischen Industriesektor beigetragen hat, ist der traditionell relativ niedrigere Ausbildungsstand der Industriearbeiter,<sup>17</sup> der sich mit steigendem Anteil der technologieintensiven Güter besonders nachteilig auswirkt.

Für die deutlich schlechtere Performance der britischen Industrie im Vergleich zu beispielsweise der deutschen seit 2000 müssen aber noch weitere Faktoren herangezogen werden. An erster Stelle ist hier, so der Gouverneur der Bank of England, Mervyn King,<sup>18</sup> die relativ ungünstige Wechselkursentwicklung des Pfund Sterling – insbesondere gegenüber dem Euro – zu nennen. Denn gemessen am effektiven realen Wechselkurs hat das Pfund Sterling seit Anfang 2004 im Vergleich zu Ende 1996 um ein Fünftel aufgewertet (vgl. Abbildung 5).<sup>19</sup> Die reale Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber dem Euro ist ähnlich stark. Davon zeugt auch die deutlich negative Handelsbilanz (vgl. Abbildung 6). Zwar befand sich die Handelsbilanz schon 1996 im negativen Bereich. Seitdem ist sie aber

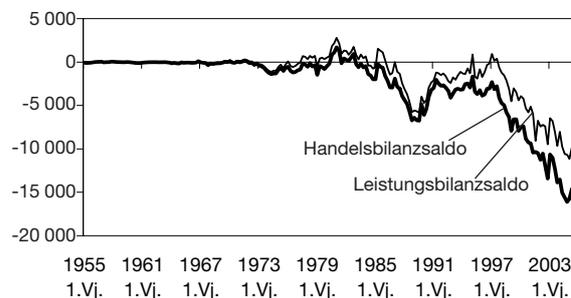
<sup>16</sup> Ob die angebotsseitigen Strukturreformen der Regierung Thatcher zu dem stärkeren Anstieg der totalen Faktorproduktivität maßgeblich beigetragen haben ist umstritten. Vgl. R. Rowthorn: The Political Economy of Full Employment in Modern Britain, The Kalecki Memorial Lecture at the Department of Economics, University of Oxford, 19 October 1999, S. 10-11.

<sup>17</sup> Vgl. S. Nickell et al., a.a.O.; sowie OECD: OECD Economic Surveys 2005: United Kingdom, Paris 2005.

<sup>18</sup> Vgl. M. King: Monetary Policy and Manufacturing Industry, a.a.O.

<sup>19</sup> Zu den Ursachen der starken Aufwertung vgl. A. Haldane: Ghost-busting: The UK Experience of Inflation Targeting, March 20, 2000, Paper presented at IMF Seminar on Implementing Inflation Targets, March 20-21, 2000, S. 12-13. Zum Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Pfund Sterlings und den Exporten des Verarbeitenden Gewerbes siehe H. Samiei: Exchange Rate Fluctuations and U.K. Manufacturing Exports, IMF Working Paper WP/94/132-EA, 1994.

**Abbildung 6**  
Leistungs- und Handelsbilanzsaldo Großbritannien  
(in Mio. Pfund Sterling)



Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

noch tiefer ins Minus gerutscht. Das Handelsbilanzdefizit betrug im Jahr 2005 5½% des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Rowthorn<sup>20</sup> kommt in diesem Kontext zu dem Ergebnis, dass ein verändertes Spezialisierungsmuster Großbritanniens im Welthandel zugunsten international gehandelter (Finanz-)Dienstleistungen und der Ölindustrie sowie Phasen massiver Überbewertung des britischen Pfund Sterling, die wiederum auf eine restriktive Geldpolitik in den frühen achtziger und in den neunziger Jahren zurückzuführen sind, für den überproportional starken Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe verantwortlich sind.

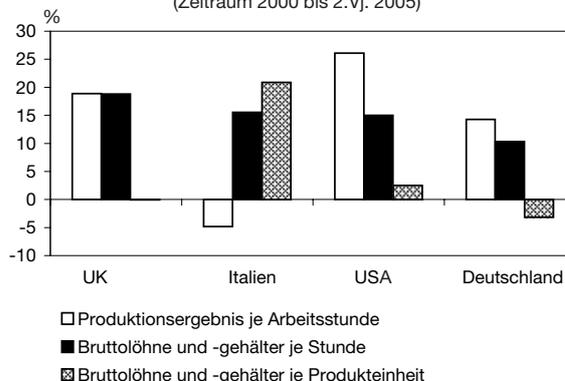
Eine weitere Ursache ist der kräftige Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter in der Industrie. Zwar ist seit 2000 ein starkes Wachstum der Arbeitsproduktivität zu konstatieren. Damit einher gingen aber kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von rund 19%, verglichen mit 10,5% in Deutschland. Im Ergebnis blieben somit die Lohnstückkosten unverändert, während sie in Deutschland sanken (vgl. Abbildung 7).<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Vgl. R. Rowthorn: The Political Economy of Full Employment in Modern Britain, a.a.O., S. 12-13.

<sup>21</sup> Dieses Produktivitätswachstum ist aber zum Teil als Reflex von Arbeitsplatzabbau und Aufgabe unrentabler Produktion zu interpretieren. Zwar zeigen sich gewisse Aufhol-effekte beim Produktivitätsniveau Großbritanniens gegenüber Deutschland und Frankreich. Insgesamt ist aber immer noch ein deutlicher Rückstand zu konstatieren: Das BIP je Arbeitsstunde lag 2002 noch 18% unter dem deutschen Niveau. Zum Produktivitätswachstum in Großbritannien siehe z.B. O. J. Blanchard: Comments on 'The case of missing productivity growth; or, why has productivity accelerated in the United Kingdom but not in the United States', by Basu et al. July 7, 2003, Via Internet (November 2005), [http://econ-www.mit.edu/faculty/index.htm?prof\\_id=blachar&type=paper](http://econ-www.mit.edu/faculty/index.htm?prof_id=blachar&type=paper) und G. Cameron: Why Did UK Manufacturing Productivity Growth Slow Down in the 1970s and Speed Up in the 1980s?, in: *Economica*, (2003) 70, S. 121-141.

<sup>22</sup> Vgl. auch R. E. Kutscher, V. A. Personick: Deindustrialization and the shift to services, a.a.O., S. 6. Die Wachstumsraten der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes befanden sich zwar zuletzt in negativem Terrain. Ob dies aber schon ein nachhaltiger Trend ist, ist noch nicht abzusehen. Von einem Verlust der industriellen Basis in Großbritannien zu sprechen, wäre daher verfrüht.

**Abbildung 7**  
Produktivitätswachstum und Lohndruck  
(Zeitraum 2000 bis 2. Vj. 2005)



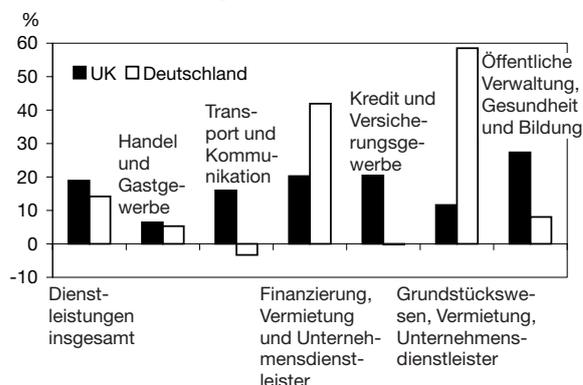
Quellen: Office of National Statistics UK, Statistisches Bundesamt.

**Weitere Perspektiven**

Sowohl gemessen am Anteil der Erwerbstätigen als auch an der Wertschöpfung lässt sich in Großbritannien seit 2000 ein erheblicher Bedeutungsverlust der Industrie feststellen. In diesem Sinne kann von einer verstärkten Deindustrialisierung Großbritanniens gesprochen werden.<sup>22</sup> Dieser Trend, der in moderaterer Form in allen Industrieländern zu beobachten ist, wurde in Großbritannien seit 2000 durch die starke Aufwertung des Pfundes bei hohem Lohndruck zusätzlich beschleunigt.

Von der Wechselkursseite ist in der Zukunft aber eine Normalisierung des Deindustrialisierungsprozesses im Sinne einer relativen Verlangsamung zu erwarten.

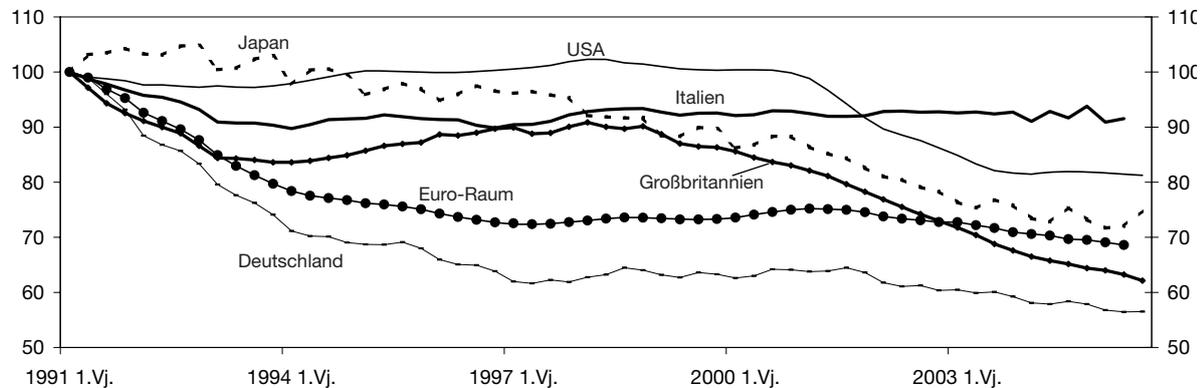
**Abbildung 8**  
Erwerbstätigenzahlen im Dienstleistungssektor in Großbritannien und Deutschland  
(Veränderung im Zeitraum 1996-2004 in %)



Anmerkung: Aktuellere Daten stehen auf der sektoralen Ebene für eine Input-Output-Analyse nicht zur Verfügung.

Quellen: Office of National Statistics UK, Statistisches Bundesamt.

**Abbildung 9**  
**Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 1991-2005**  
 (1. Vierteljahr 1991 = 100)



Anmerkung: Aufgrund der mangelnden Vergleichbarkeit der Daten im Ländervergleich wurde hier nicht auf die Erwerbstätigen, sondern auf die Beschäftigtenzahlen abgehoben.

Quellen: Office of National Statistics UK, Eurostat.

So zeigt auch Tatom<sup>23</sup> auf, dass die Länder Europas im Zeitraum 1985-1990 nicht durch die starke Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar „deindustrialisiert“ wurden. Allerdings dürften angesichts eines weitgehend leergefegten Arbeitsmarktes – die standardisierte Arbeitslosenquote lag im Vereinigten Königreich im Herbst 2005 bei lediglich 4,7% – die hohen Lohnsteigerungen im Dienstleistungssektor in den nächsten Jahren anhalten, so dass der Lohndruck und damit ceteris paribus der Stellenabbau in der Industrie voraussichtlich relativ hoch bleiben werden. Das sinkende Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes für Großbritannien ist aber solange unproblematisch, wie die allgemeine Arbeitsmarktlage ausgesprochen günstig bleibt.

Was den Strukturwandel angeht, so lässt sich das Rad der Deindustrialisierung wohl kaum zurückdrehen.<sup>24</sup> Dies muss aber nichts „Negatives“ sein, solange in Großbritannien der Dienstleistungssektor genügend Ersatzarbeitsplätze bereitstellt (vgl. Abbildung 8). Vielmehr ist der relativ hohe Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in anderen Industrieländern möglicherweise sogar als ein Symptom struktureller Rückständigkeit zu deuten, da Industrieprodukte in Zukunft verstärkt unter Wettbewerbsdruck durch die Schwellenländer geraten dürften.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Vgl. J. A. Tatom: Currency Appreciation and Deindustrialization: A European Perspective, Federal Reserve Bank of St. Louis, Working Paper 1992-0006B.

<sup>24</sup> Zu den ernüchternden Ergebnissen einer Industriepolitik zur Förderung des technischen Fortschritts im Verarbeitenden Gewerbe Großbritanniens siehe R. Harris, C. Robinson: Industrial Policy in Great Britain and its Effect on Total Factor Productivity in Manufacturing Plants, 1990-1998, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 51 (September 2004), Nr. 4, S. 528-543.

Bei perspektivischer Betrachtung relativiert sich der als besonders stark empfundene Rückgang von Produktion und Beschäftigung in der britischen Industrie seit 2000. Ihr Bedeutungsverlust ist möglicherweise ein Vorbote einer neuen internationalen Arbeitsteilung infolge der Globalisierung,<sup>26</sup> die es den einzelnen Ländern ermöglicht, noch stärker als bisher auf ihre komparativen Vorteile zu setzen. Diese liegen im Fall von Großbritannien zweifellos im Bereich der Finanzdienstleistungen.<sup>27</sup> Für Deutschland scheinen sich dagegen mit dem „German Engineering“ weiterhin große Wachstumschancen auf den Weltmärkten zu bieten. Hier liegen vermutlich auch in Zukunft die komparativen Vorteile Deutschlands.<sup>28, 29</sup>

#### Anregungen aus Großbritannien?

So beeindruckend die wirtschaftliche Entwicklung in Großbritannien seit Mitte der Neunziger Jahre, insbesondere am Arbeitsmarkt, gewesen sein mag, so lässt sich die Frage, ob Großbritannien damit ein geeignetes Modell für Deutschland darstellt, vor allem

<sup>25</sup> Vgl. o.V: Industrial metamorphosis, in: The Economist, 1. Oktober 2005, S. 69-70; vgl. P. Drucker: The Next Society, in: The Economist, 1. Nov. 2001, Via Internet (Dezember 2005) <http://www.economist.com/nextsociety>; vgl. A. Sapir, a.a.O., S. 2-3. Dies könnte aber in fernerer Zukunft im Zuge einer verstärkten Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland („Offshoring“) auch für die handelbaren Dienstleistungen gelten. Siehe A. Blinder: Fear of Offshoring, CEPS Working Paper Nr. 119, Princeton University (2005).

<sup>26</sup> Siehe hierzu A. Sapir, a.a.O., S. 2-3.

<sup>27</sup> Vgl. auch R. Rowthorn: The Political Economy of Full Employment in Modern Britain, a.a.O., S. 12. Andererseits kommen durch die Globalisierung auch komparative Nachteile zum Tragen, wie der relativ schlechtere Ausbildungsstand der britischen Arbeiter. Zumal Großbritannien bereits einen Verlust an Kernkompetenzen in der industriellen Erzeugung erlitten hat. Ausnahmen sind hier die Pharmazeutische Industrie und der Flugzeugbau.

aus drei Gründen nicht mit einem uneingeschränkten „Ja“ beantworten.

Erstens weist die britische Wirtschaft erhebliche strukturelle Schwachpunkte auf, die sich auf mittlere und längere Sicht negativ auf das Wachstum von Produktion und Beschäftigung auswirken dürften. Die OECD stellt Großbritannien deshalb im Hinblick auf seine strukturelle Performance eher schlechte Noten aus.<sup>28</sup> Bei einem Katalog von sechs Beurteilungskriterien belegt das Land nur bei der „Freiheit der Gütermärkte“ den ersten Platz in der G7 und den zweiten in der OECD-Ländergruppe. Beim „BIP pro Kopf“ liegt Großbritannien mit dem dritten Platz im Mittelfeld der G7 und an vierzehnter Stelle im OECD-Bereich. Bei den übrigen vier Kriterien (Stundenproduktivität in der Gesamtwirtschaft, Ausbildung, FuE-Intensität sowie Infrastruktur) fallen dagegen innerhalb der G7 nur die Plätze fünf und sechs ab und im OECD-Spektrum nur Bewertungen im unteren Mittelfeld. Bei den makroökonomischen Kriterien der OECD (Outputlücke und Varianz des Verbraucherpreisanstiegs jeweils im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2004) belegt Großbritannien dagegen in beiden Gruppen den ersten Rang. Insgesamt ist nicht zu verkennen, dass die Performance der britischen Wirtschaft zuletzt an Glanz verloren hat, was ihre Eignung als Vorbild für andere Länder zwar nicht grundsätzlich in Frage stellt, aber doch relativiert. Dabei ist vor allem zu erwähnen, dass das britische Wachstum in den letzten Jahren in starkem Maße durch den Immobilienpreisboom und die Ausweitung der kreditfinanzierten Staatsnachfrage getrieben wurde, durch zwei Faktoren also, die keine nachhaltige Expansion begründen. In dieses Bild passt, dass sich das Wachstum in Großbritannien im vergangenen Jahr mit der Beruhigung an den Immobilienmärkten und bei unverändert hoher staatlicher Defizitquote von 3,2% (Schätzung der OECD) deutlich

verlangsamt hat, und zwar ausgehend von 3,2% im Jahr 2004 auf 1,8%. Die britische Regierung hat deshalb ihre Wachstumsprognose für 2005 vom Frühjahr, die bei 3% bis 3½% lag, deutlich verfehlt. Im Jahr 2006 wird sich die Expansionsrate nach der amtlichen Prognose auf 2¼% belaufen. Vor dem Hintergrund des bis zuletzt anhaltenden scharfen Abwärtstrends bei der Industrieproduktion dürfte dieses Ergebnis nur schwer zu erreichen sein. Die Lage am britischen Arbeitsmarkt wird aber auf absehbare Zeit günstig bleiben.

Zweitens ist bei der Beurteilung der möglichen Vorbildfunktion der britischen Wirtschaft die Sonderrolle Londons mit ins Bild zu nehmen. Allein im Ballungsraum South East und London sind zwischen 1995 und 2004 etwas weniger als 800 000 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Das bedeutet, dass hier fast jeder dritte zusätzliche Arbeitsplatz entstanden ist. Prozentual betrachtet lag das Beschäftigungswachstum im Großraum London ebenfalls über dem Landesdurchschnitt. Ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze dürfte im kräftig wachsenden internationalen Dienstleistungsbereich geschaffen worden sein, der in der Region London einen Schwerpunkt hat. Dazu zählen nicht nur der Finanzbereich, sondern auch viele wertschöpfungsintensive internationale Unternehmensdienstleistungen, wie Unternehmens- und Rechtsberatung für multinationale Unternehmen, Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem internationalen Schiffsverkehr, der Rohstoffhandel etc. London hat damit eine sehr wachstumsstarke Nische im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung besetzt, in der für andere Regionen in Westeuropa faktisch kein Platz mehr ist.

Wohl nicht unbedingt nachahmenswert ist dagegen der recht „dynamische“ Stellenaufbau in der öffentlichen Verwaltung Großbritanniens. Seit 1995 ist die Zahl der Bediensteten (einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen) hier um 27½% gestiegen, verglichen mit 8% in Deutschland. Die starke Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Sektor Großbritanniens seit 1995 hängt vor allem mit der von vielen Briten empfundenen Unterversorgung mit öffentlichen Gütern zusammen. Die Labour-Regierung hat darauf mit einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben reagiert. Besonders kräftige Personalaufstockungen gab es im staatlichen Gesundheitswesen. Angesichts der weitaus besseren öffentlichen Versorgung hierzulande ist die deutsche Regierung gewiss gut beraten, ihr Ziel, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung weiter zu steigern und den sich daraus per saldo ergebenden Personalüberhang abzubauen, weiter zu verfolgen.

So gesehen bleiben eigentlich nur wenige Dienstleistungsbereiche, die in Deutschland im Vergleich

<sup>28</sup> Vgl. E. Bartsch, B. Diekmann: Deutschlands Chancen im Handel mit Dienstleistungen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 86. Jg. (2006), H. 1, S. 53-61. Siehe hierzu auch Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2004/05, a.a.O., S. 376 und S. 361, Kasten 29. Siehe Initiative Finanzplatz Deutschland: Finanzplatzbericht Nr. 1. Juni 2005, Via Internet (November 2005), <<http://www.finanzstandort.de/de/index.php>> zu Maßnahmen zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland. Zur Situation der deutschen Banken siehe A. Hackethal: German Bank – A declining industry?, März 2003, in: Working Paper Series: Finance and Accounting, Goethe-University Frankfurt/Main Nr. 106.

<sup>29</sup> Sinn weist darauf hin, dass die deutsche Industrie massiv arbeitsintensive Teile des Produktionsprozesses ins Ausland verlagert. Vgl. H.-W. Sinn: Wie die Globalisierung Länder auseinander reisst, in: Neue Zürcher Zeitung (26./27. 06. 2004), S. 31. Siehe hierzu aber Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2004/05, a.a.O., S. 357 Ziffer 465 ff; und G. Horn, S. Behncke: Deutschland ist keine Basarökonomie, in: Wochenbericht des DIW Berlin 40/04.

<sup>30</sup> Vgl. OECD: OECD Economic Surveys 2005: United Kingdom, Paris 2005.

## STRUKTURWANDEL

### Vergleichbare Datenreihen

Statistisches Bundesamt <sup>1</sup>	Office of National Statistics <sup>2</sup>
Land und Forstwirtschaft, Fischerei	Agriculture, Hunting, Forestry & Fishing
Bergbau und Gewinnung von Steine, Erden zuzüglich Energie und Wasserversorgung	Mining, Electricity, Gas & Water
Verarbeitendes Gewerbe	Manufacturing
Baugewerbe	Construction
Dienstleistungsbereiche	Total Services
Handel und Gastgewerbe abzügl. Verkehr	Distribution, Hotels & Restaurants
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Transport, Storage & Communication
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung	Banking, Finance, Insurance etc. zuzüglich Other Services
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Banking, Finance, Insurance etc.
Öffentliche und private Dienstleister	Public Administration, Education & Health
Alle Wirtschaftsbereiche	Total

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 20. <sup>2</sup> Office of National Statistics, Earnings Current Table: Workforce Jobs by Industry, Standard Industrial Classification (1992).

zu Großbritannien Aufholpotenzial aufweisen. Einer davon ist der Wirtschaftszweig „Handel und Gastgewerbe“. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass hier die relativ flache Entwicklung der Wertschöpfung und der Beschäftigung in Deutschland in starkem Maße mit dem schon seit einigen Jahren anhaltenden schwachen privaten Konsum zusammenhängt. Von einer lebhafteren Nachfrage der privaten Haushalte würde unmittelbar der Einzelhandel profitieren, wo

früher oder später auch wieder vermehrt neue Stellen geschaffen würden. Die bessere Performance der britischen Transport- und Kommunikationsbranche dürfte zu einem guten Teil ebenfalls ein Reflex der dynamischeren Binnenkonjunktur gewesen sein. Jedenfalls lassen sich für diese Branche in Deutschland keine gravierenden strukturellen Hindernisse identifizieren.

Insgesamt betrachtet, ergibt sich aus dem Vergleich mit den Entwicklungen in Großbritannien kein besonderer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf für eine gezielte Förderung der Dienstleistungen in Deutschland. Auf kurze Sicht dürfte sich eine bessere Performance in diesem Bereich, der hierzulande sehr stark für den Inlandsmarkt produziert, quasi automatisch einstellen, wenn die Binnenkonjunktur mehr in Schwung kommt. Mittel- und langfristig könnte ein umfassender Abbau der zum Teil immer noch hohen Regulierungsdichte in einigen Dienstleistungsbereichen sowie eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere die Einrichtung eines effizienten Niedriglohnssektors, die Schaffung neuer Arbeitsplätze im deutschen Dienstleistungssektor beflügeln.<sup>31</sup> Ein Indiz dafür ist auch die beträchtliche Zunahme der geringfügigen Beschäftigung (Minijobs) in den letzten Jahren, die überwiegend im Dienstleistungssektor stattgefunden hat.

<sup>31</sup> Der IWF kommt zu dem Schluss, dass die Regulierungsdichte im Dienstleistungssektor Deutschlands im Ländervergleich relativ hoch ist. Vgl. Internationaler Währungsfonds: Germany – Selected Issues, January 2006, in: IMF Country Report Nr. 06/17, S. 106-133.